



5 JAHRE ORANGE REVOLUTION – EINE POLITISCHE BESTANDSAUFNAHME

■ ANALYSE		
Das Ende der Ära Juschtschenko und die Zukunft der Ukraine		2
Von Gerhard Simon, Köln/Bonn		
■ KOMMENTAR		
Die Orange Revolution als postsowjetischer Scheideweg:		
Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland		7
Von Andreas Umland, Eichstätt		
■ UMFRAGE		
Sonntagsfrage zur Präsidentschaftswahl		8
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 11. bis zum 24. November 2009		10
<hr/>		
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS		
Ukraine-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft		11

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Das Ende der Ära Juschtschenko und die Zukunft der Ukraine

Von Gerhard Simon, Köln/Bonn

Einleitung

Viktor Juschtschenko trat im Januar 2005 begleitet von hochgesteckten Erwartungen und Hoffnungen – zu Hause und in weiten Teilen der Welt – das Amt des Präsidenten der Ukraine an. Die Orange Revolution hatte freie Wahlen durchgesetzt und das zunehmend autoritäre Regime von Präsident Kutschma zum Aufgeben gezwungen. Juschtschenko und seine engste Mitstreiterin Julia Timoschenko versprachen für die Zukunft die Bekämpfung der Korruption, Transparenz in Politik und Wirtschaft, Wohlstand und Freiheit sowie die Integration der Ukraine in die EU und die atlantische Gemeinschaft.

Die Zivilgesellschaft in der Ukraine hatte sich gegen autoritäre Machtstrukturen durchgesetzt. Das »wunderbare Jahr« 1989 schien sich 15 Jahre später in Kiew zu wiederholen. Liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überwand die neue Grenze, die zwischen Ostmitteleuropa und den Ländern der GUS zu entstehen drohte. Die Ukraine würde – so schien es – endgültig den Weg nach Westen einschlagen.

Heute – fünf Jahre später – am Vorabend der am 17. Januar 2010 anstehenden Präsidentenwahlen bietet sich ein ganz anderes Bild: Die einstigen Sieger vom Majdan sind heillos untereinander zerstritten. Juschtschenkos Chancen auf eine zweite Amtszeit nähern sich dem Nullpunkt. Korruption und politische Stagnation sind endemisch. Der einstige Erzrivale der Orangen, Viktor Janukowitsch, führt seit vielen Monaten in den Umfragen und könnte der nächste Präsident der Ukraine werden – und zwar gewählt auf saubere demokratische Weise. Wie lässt sich das erklären? War die Orange Revolution nur eine PR Show? Hat sie im Grunde nichts geändert? Ist der Westkurs der Ukraine gescheitert?

Bilanz nach fünf Jahren

Die Orange Revolution ist nicht gescheitert, sie hat einige bleibende Ergebnisse gebracht. Aber die Misserfolge sind dennoch offensichtlich, die Enttäuschung ist berechtigt. Die Sieger der Orangen Revolution haben sich in vieler Hinsicht als unfähig erwiesen, die ihnen gebotenen Chancen zu nutzen und das erworbene Vertrauen in politische Erfolge umzuwandeln. Wie stets ist eine ganze Reihe von Faktoren für diese unbefriedigenden Ergebnisse verantwortlich. Die beiden Hauptverbündeten während der Orangen Revolution, Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko, erwiesen sich als persönlich und programmatisch inkompatibel. Timoschenko favorisiert eine populistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Appeasement gegenüber Russland und sie ist eine rücksichtslose Führungspersönlichkeit. Juschtschenko vertritt demgegenüber einen mehr marktwirtschaftlich orientierten Weg, rückt Fragen der nationalen Identität und Nationswerdung in das Zentrum staatlicher Politik und neigt zu Führungsschwäche.

Die Spannungen erreichten einen ersten Höhepunkt mit der Entlassung der Ministerpräsidentin durch Präsident Juschtschenko im September 2005. Seitdem eskalierten die Konflikte in einem stetigen Crescendo bis zum Frühjahr 2009, als vor allem der Druck von außen, insbesondere von Seiten des IWF, eine gewisse Mäßigung erzwang. Zuvor hatte die Ministerpräsidentin dem Präsidenten vorgehalten, er bereichere sich persönlich an Währungsmanipulationen der Zentralbank, während der Präsident seinerseits Timoschenko den Ausverkauf der nationalen ukrainischen Interessen an Russland vorwarf.

Aber das Zerwürfnis zwischen den beiden Protagonisten allein kann nicht das Desaster der Jahre nach 2005 erklären. Es muss auch bedacht werden, dass der Orange Machtwechsel gegen den Willen und Widerstand von 44 % der Wähler im Osten und Süden der Ukraine durchgesetzt wurde – Juschtschenko hatte bei der Stichwahl am 26. Dezember 2004 insgesamt gerade 52 % der Stimmen auf sich vereinigen können. Auch danach kam keine Aussöhnung zwischen den Blauen (vertreten durch die Partei der Regionen unter Viktor Janukowitsch mit ihren Hochburgen im Osten und Süden des Landes) und den Orangen oder gar eine Machtbeteiligung zustande, obwohl Versuche in diese Richtung unternommen wurden. Janukowitsch und seine Partei der Regionen positionieren sich im Wahlkampf bis heute als Gegner der Orangen und machen sich die Fehlleistungen und das Fehlverhalten der einstmaligen Helden mit Geschick und auch mit Häme zunutze, so dass von der Orangen Revolution im ukrainischen Diskurs inzwischen häufig sehr distanziert und sozusagen in Anführungszeichen die Rede ist. Das Versagen der Regierenden ist Wasser auf

die Mühlen der Opposition – dies lässt sich jedoch auch als Zeichen für eine im Entstehen begriffene demokratische Ordnung interpretieren.

Es gibt weitere Gründe, die erklären helfen, warum die Chancen für eine funktionierende Demokratie nicht besser genutzt wurden. Die Ukraine hat eine miserable Verfassung, die eine Konsolidierung demokratischer Institutionen erschwert. Die Verfassungsrevision im Dezember 2004 – auf dem Höhepunkt der Orangen Revolution – verschob zwar die Macht in Richtung auf ein parlamentarisches System und näherte so die Verfassung der europäischen Normalität an, aber die mangelhafte Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Präsident, Ministerpräsident und Parlament wirkte geradezu als Einladung zur Manipulation der Verfassung und führte zur Stagnation des politischen Prozesses. Heute sind sich alle politischen Kräfte einig, dass wichtige Verfassungsbestimmungen überarbeitet werden müssen, aber in welche Richtung, darüber wird nach wie vor gestritten. So ist der Prozess der Verfassungsgebung, der vor bald zwei Jahrzehnten begann, bis heute nicht abgeschlossen. Gestritten und gefeilscht wird noch immer um politische Regeln, die Auseinandersetzung um politische Inhalte bleibt auf der Strecke.

Dies alles hat dazu geführt, dass die Ukraine in den Jahren der Präsidentschaft Juschtschenkos schlecht regiert wird. Neben die Konflikte innerhalb des einstmaligen Lagers traten die Auseinandersetzungen mit der Partei der Regionen, der »richtigen« Opposition im Parlament und in der Öffentlichkeit. Es kam wiederholt über Wochen und Monate zu einer weitgehenden Blockade des politischen Lebens. Parlamentssitzungen wurden boykottiert, das Verfassungsgericht war wegen der Nichtbestellung von Richtern handlungsunfähig, das vom Präsidenten aufgelöste Parlament verabschiedete weiter Gesetze. Die derzeitige Regierung verfügt bereits seit Herbst 2008 nicht mehr über eine Mehrheit im Parlament, was im Widerspruch zur Verfassung steht. Über Monate waren im Jahr 2009 die wichtigen Ministerämter für Äußeres, Finanzen und Verteidigung nicht besetzt. Für das Finanz- und Verteidigungsressort gilt das bis heute. Nach einer halbjährigen Vakanz wurde im Oktober 2009 mit Petro Poroschenko immerhin ein neuer Außenminister vom Parlament bestellt. Der Grund für diese chaotischen Zustände liegt darin, dass weder die Regierung noch die Opposition im Parlament über eine stabile Mehrheit verfügt. Das Parlament beruft und entlässt aber laut Verfassung die einzelnen Minister.

So hat sich in der Ukraine nicht wie in Russland ein autoritäres Regime etabliert, sondern die labilen Institutionen sind im Gegenteil durch anarcho-demo-

kratische Zustände und Blockaden bedroht. Die internationale Politik hat die Konsolidierung der Demokratie in der Ukraine weiter erschwert. Die EU bietet der Ukraine zwar vielfältige Programme der Annäherung und Integration, aber stets unter dem Vorbehalt, dass damit keine Perspektive für eine Mitgliedschaft verbunden ist. Gerade diese Perspektive aber hat in der Vergangenheit eine zentrale Rolle bei der Konsolidierung der demokratischen Ordnung in den Ländern Ostmitteleuropas gespielt. Die Ukraine muss nicht nur ohne diese Motivation Demokratie aufbauen. Russland drängt zu einer Integration ganz anderer Art. Denn natürlich würde eine autoritäre Ordnung im Inneren die Einbeziehung der Ukraine in den russischen Orbit – eine Art Wiederbelebung der Rus' – erleichtern. So steht die Ukraine wie eh und je im Spannungsfeld von Russland, das sich eher virtuell als real zu Europa bekennt, und Polen, das zu einem integralen Teil des Westen geworden ist.

Trotz aller Turbulenzen und der Dauerkrise der Staatsführung in den vergangenen Jahren sind die Grundvoraussetzungen für Demokratie in der Ukraine aber bewahrt worden. Es finden freie und faire Wahlen statt. Es gibt politischen Wettbewerb im öffentlichen Raum. Die Opposition ist stark und wohl organisiert. Medienpluralismus ist gewährleistet. Es hat sich ein demokratischer Grundkonsens gebildet, dass Macht auf Zeit durch den Wähler verliehen wird und Machtwechsel das herausragende Merkmal von Demokratie ist. Alle diese Kriterien für Demokratie fehlen in Russland. So ist die Ukraine im Raum der früheren Sowjetunion allen anderen Staaten, abgesehen von den baltischen, auf dem Weg der demokratischen Konsolidierung deutlich voraus.

Das spiegelt sich auch in den Bewertungen internationaler Organisationen wie Freedom House, oder Transparency International, die laufend politikbezogene Länderrankings erstellen. Besonders in den Bereichen Wahlen, Zivilgesellschaft und Medien haben sich die Bewertungen für die Ukraine in den Jahren 2004 bis 2006 deutlich verbessert. Allerdings gilt das nicht für die Korruptionsbekämpfung und die Rechtsstaatlichkeit; ebenso verzeichnen die internationalen Rankings keine Fortschritte mehr für die Jahre nach 2006. Trotzdem gilt: »Insgesamt erreicht die Ukraine in allen politikbezogenen Länderrankings die besten Werte aller GUS-Staaten.« (Pleines in *Ukraine Analyse* Nr. 56, S.3)

Wirtschaftskrise

Die internationale Wirtschaftskrise seit dem Herbst 2008 hat zweifellos die ohnehin schwierige Situation des

Landes weiter verschärft. Während in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 ein hohes reales Wachstum der Wirtschaft von 7 % zu verzeichnen war, brach die Wirtschaft im vierten Quartal katastrophal ein. Das vierte Quartal 2008 gehört zu den schwärzesten Perioden in der Geschichte der Ukraine, der Einbruch war weit gravierender als in Westeuropa und in den meisten Transformationsländern. Im November 2008 fiel das BIP um 14 % im Vergleich zum November 2007, die Industrieproduktion ging gar um 29 % zurück. Die Inflationsrate erreichte im Dezember 2008 die Rekordmarke von 22 % gegenüber Dezember 2007.

Inzwischen hat sich die Situation dank eines Stützungskredites des IWF und einer umsichtigen Fiskalpolitik der Regierung leicht entspannt. Die Talsohle des Absturzes scheint durchschritten zu sein. Die Inflationsrate betrug im zweiten Quartal 2009 15 %; die Staatsverschuldung liegt mit etwa 7 % des Staatshaushaltes im internationalen Vergleich niedrig. Allerdings prognostiziert der Economist einen BIP Rückgang für das Jahr 2009 in Höhe von 18 % gegenüber 4 % im Euro-Raum und 7 % in Russland. Ein Überblick über statistische Kennzahlen zur Wirtschaftsentwicklung findet sich in der *Ukraine-Analyse Nr. 62*.

Trotz der Anzeichen für eine Stabilisierung des realen Sektors ist die Krise noch nicht überstanden. Ob und wann die Wachstumszahlen der Jahre vor der Krise wieder erreicht werden, steht in den Sternen. Der größte Risikofaktor ist derzeit der Wahlkampf, bei dem alle Seiten einander mit populistischen Versprechungen übertreffen. Allerdings wirken die massiven Drohungen und Interventionen des IWF, der auf Konditionalität für die Auszahlung der nächsten Tranche besteht, in einem gewissen Umfang als Bremse und erzwingen Haushaltsdisziplin.

Anders als bei den politikbezogenen Daten steht die Ukraine im wirtschaftsbezogenen Länderranking schlecht da. Im Index of Economic Freedom liegt die Ukraine 2009 auf Platz 152 noch hinter China, Russland und Usbekistan. Im »Obstacles to doing business« Ranking der Weltbank rangiert die Ukraine mit einer Gesamtplatzierung auf Platz 142 von 183 Regionen. Lediglich im Bereich Kreditaufnahme erreichte sie Platz 30 und im Bereich Durchsetzung von Vertragsrechten Platz 43. Die Orange Revolution hat sich nach Einschätzung der Rankings nicht positiv auf Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld ausgewirkt. (siehe *Ukraine-Analyse Nr. 61*) So ist die Ukraine zwar hinsichtlich politischer, nicht aber ökonomischer Kriterien näher an die EU herangerückt als die anderen GUS Staaten.

Zwei Anwärter auf die Nachfolge

Vor diesem Hintergrund wählt das Land am 17. Januar 2010 einen neuen Präsidenten. Die Entscheidung wird allerdings erst in einem zweiten Wahlgang im Februar fallen. Amtsinhaber Juschtschenko, der sich um eine zweite Amtszeit bewirbt, hat keine Chance wiedergewählt zu werden. In den Umfragen liegt er mit deutlich unter 5 % weit abgeschlagen hinter den Favoriten. Gemeinsam ist es der Opposition unter Viktor Janukowitsch und der ehemaligen Verbündeten Timoschenko gelungen, die Frustration über die zerschlagenen Hoffnungen nach der Orangen Revolution auf Juschtschenko abzuleiten. Dabei hat es der Präsident seinen Gegnern durch Wankelmütigkeit und falsche Prioritätensetzung in der Politik leicht gemacht, ihn zu diskreditieren. Seit Monaten führt Viktor Janukowitsch bei den Umfragen und vereint 23 % bis 35 % der Wählerstimmen auf sich. Dabei weichen die Resultate der verschiedenen Umfrageinstitute im einzelnen eklatant voneinander ab. Ein Überblick über aktuelle Wahlumfragen findet sich in der vorliegenden Ausgabe auf den *Seiten 8-9*.

Janukowitsch und seine Partei der Regionen – die die größte Parlamentsfraktion stellt – haben in den vergangenen Jahren gar keine großen Anstrengungen zu machen brauchen, um sich politisch zu profilieren. Sie konnten ruhig abwarten, wie sich die orangen Kräfte gegenseitig aufrieben. Die einstmalige parlamentarische Stütze des Präsidenten – der Block Unsere Ukraine-Selbstverteidigung des Volkes – ist inzwischen gänzlich marginalisiert.

Janukowitsch ist ein Politiker ohne ausgeprägtes Profil, eher hölzern und einfalllos im Auftreten und ohne Charisma. Aber hinter ihm steht eine seit vielen Jahren gut geölte politische Maschine: die Partei der Regionen mit der festen Verankerung im Osten und Süden des Landes. Die Partei der Regionen hat fast die ganze ehemals kommunistische Wählerschaft aufgesogen; die Kommunisten waren bis 2002 die größte Partei in der Ukraine. Die Partei der Regionen bindet große Teile der russophonen Bevölkerung, die kulturell russisch orientiert ist und politisch eine Anlehnung der Ukraine an die Russische Föderation befürwortet. Zugleich stehen diese Menschen dem westlich liberalen Demokratiemodell mit Misstrauen gegenüber und lehnen die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ab.

Der Unterschied in Temperament und Auftreten von Janukowitsch und Timoschenko könnte kaum größer sein: Der Feuervogel der Orangen Revolution fasziniert nach wie vor die Massen mit einer Mischung aus Populismus, Gefühllichkeit und kämpferischer Dreistigkeit. Während ihrer zweiten Ministerpräsidentenschaft

seit Dezember 2007 sind ihre Popularitätswerte allerdings deutlich gesunken; Wirtschaftskrise und nicht endende politische Blockaden haben viel von der Popularität aufgezehrt, die sie in das Präsidentenamt tragen sollte. Mit derzeitigen Umfragewerten zwischen 16 und 22 % und damit einem Rückstand von 10 % gegenüber Janukowitsch ist ihr Sieg auch in einem zweiten Wahlgang keineswegs sicher.

Auflösung der starren Fronten

Wie unterscheiden sich die politischen Profile dieser beiden Hauptprätendenten um die Präsidentschaft, und was würde der Sieg der einen oder des anderen für die Zukunft des Landes bedeuten? Die Orange Revolution und die Rhetorik der Machtkämpfe in den Jahren danach suggerieren, dass sich in der Ukraine das orange und das blaue politische Lager in scharfer Abgrenzung voneinander und völlig unversöhnlich gegenüberstehen. Dies war schon 2004/2005 nur eingeschränkt der Fall und inzwischen haben sich die Blöcke und das Blockdenken weiter aufgelöst.

Schon im September 2005 schlossen Juschtschenko und Janukowitsch ein »Memorandum über Verständigung zwischen der Regierung und der Opposition«, das zwar nicht lange hielt, dem aber im August 2006 das »Universal der nationalen Einheit« folgte und den Weg zur Rückkehr von Janukowitsch in das Amt des Ministerpräsidenten bahnte. In der zweiten Amtszeit von Timoschenko als Ministerpräsidentin seit Dezember 2007 gab es vielfache Annäherungen zwischen dem Block Timoschenko und der Partei der Regionen bis hin zu Koalitionsverhandlungen und Absprachen über Verfassungsänderungen. Denn beide Parteien verfügen zusammen über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und wären also in der Lage, gemeinsam die Verfassung neu zu schreiben. Zwar sind diese Gespräche am Ende geplatzt, aber sie zeigen doch, dass alle im Parlament vertretenen Parteien einander im Prinzip als koalitionsfähig ansehen und dass die im Land selbst, vor allem aber im Ausland gebetsmühlenhaft wiederholte Vorstellung von der regionalen Spaltung des Landes in Westen und Osten nicht der Wirklichkeit entspricht.

Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen finden sich zahlreiche, führende Kader aus dem Lager von Kutschma im Wahlkampftross von Julia Timoschenko, darunter auch der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk. Umgekehrt sind Politiker aus dem orangen Lager zu den Blauen abgewandert. Zu den unerfüllten Versprechungen der Orangen Revolution gehört die Trennung von Politik und Wirtschaft. Alle Parteien und politischen Kräfte sind nach wie vor auf potente Spon-

soren, d. h. die Oligarchen angewiesen. Es gibt keine ausreichende und transparente staatliche oder öffentliche Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Finanz- und Wirtschaftsbosse sind Pragmatiker und manche finanzieren zugleich mehrere Parteien. Jedenfalls bedeutet die allseitige Abhängigkeit von Großspendern ein Element der Gleichheit der politischen Lager im Wahlkampf. Die Pragmatik hat zu spektakulären »Versöhnungen« beigetragen. So nahm Timoschenko ihren Erzrivalen, den Großindustriellen Petro Poroschenko, der 2005 wesentlich zu ihrem Sturz als Ministerpräsidentin beigetragen hat, jetzt in ihr Kabinett als Außenminister auf.

Bedeutet dies, die Oligarchen halten im Grunde die Fäden der Politik in der Hand und die politischen Lager haben kein erkennbares Profil mehr? Die Antwort lautet: Nein. Die Oligarchen sind weder eine Klasse noch haben sie unverrückbare Klasseninteressen, auch wenn die Entschlossenheit zur politischen Absicherung ihrer geschäftlichen Interessen sie miteinander verbindet. Weil aber über die Wege zu diesem Ziel sehr unterschiedliche Vorstellungen bestehen, finden sich Oligarchen in den verschiedenen Lagern. Zwar üben die Großsponsoren Einfluss sowohl auf die von ihnen finanzierten Parteien wie auch auf Fernsehkanäle aus, deren Eigentümer sie sind. Aber ihre Macht und ihr Einfluss sind begrenzt und im einzelnen sehr unterschiedlich, sie sind auch abhängig von Temperament und Selbstverständnis; die Präsidentschaftskandidaten sind jedenfalls keine Marionetten.

Die politischen Profile

Wie lässt sich das politische Profil der beiden Hauptprätendenten charakterisieren, nachdem sich die früher für starr gehaltenen Grenzen verwischen? Beide bedienen zunächst ihre Wählerklientel, die sich in den vergangenen fünf Jahren ziemlich stabil formiert haben und deutlich regional verwurzelt sind. Julia Timoschenko und ihr Wahlblock haben ihre Basis im Westen und Zentrum des Landes, Janukowitsch im Osten und Süden. Beide versuchen im Wahlkampf auf das Terrain des jeweils anderen vorzudringen, wobei Timoschenko die besseren Chancen haben dürfte.

In der Kultur- und Sprachenpolitik vertritt Timoschenko nationalukrainische Interessen, während Janukowitsch die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache verspricht und sich auch sonst die Belange der Russophonen nach uneingeschränkter Präsenz des Russischen im öffentlichen Raum zu eigen macht, wobei er selbst im übrigen schon seit Jahren bei öffentlichen Auftritten in aller Regel Ukrainisch spricht.

Deutlich sind die Unterschiede auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, obgleich Timoschenko seit Sommer 2008 und dem georgisch-russischen Krieg einen Schwenk in Richtung auf die Annäherung an russische Positionen vollzogen und sich damit auch in dieser Hinsicht weit von Juschtschenko entfernt hat. Janukowitsch hatte in der Hitze des Sommers 2008 sogar die Anerkennung von Süd-Ossetien und Abchasien als unabhängige Staaten gefordert, Timoschenko schwieg, während Juschtschenko nach Tbilisi reiste und sich dort öffentlich mit dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili solidarisierte. Auch im unendlichen Gas-konflikt mit Russland hat Timoschenko sich der russischen Position angenähert und im Januar 2009 für die Ukraine ungünstige Lieferverträge unterschrieben.

Dennoch bestehen in der Europa- und Westpolitik Unterschiede. Timoschenko will die Integration und schließliche Mitgliedschaft in der EU, während Janukowitsch verächtlich von »Euro-Romantik« redet und bei seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten im Oktober 2009 die »Blockfreiheit« der Ukraine als sein Ziel bezeichnete. Damit distanziert sich der Kandidat der Partei der Regionen von der Mitgliedschaft in der Nato und stuft die EU Politik zurück, ohne allerdings das Ziel einer EU Mitgliedschaft förmlich aufzugeben zugunsten einer wirtschaftlichen Anbindung an Russland. Timoschenko zieht es vor, zur Frage der Nato Mitgliedschaft zu schweigen. Damit dürfte sie sich übrigens den europäischen Partnern, vorab Deutschland und Frankreich, durchaus empfehlen.

Welche Politik ist nach den Präsidentschaftswahlen zu erwarten? Die beiden aussichtsreichen Kandidaten fordern gemeinsam den starken Staat, entschlossene Führung und werben mit ihrer Durchsetzungsfähigkeit, nur so könne das Land aus der Wirtschaftskrise herausgeführt werden. Nach der Unentschlossenheit Juschtschenkos gibt es im Land eine gewisse Sehnsucht nach der starken Hand. Der jetzige Präsident ist andererseits eine sichere Garantie gegen die Wiederkehr autoritärer Tendenzen der Kutschma-Jahre. Demgegenüber neigen beide Kandidaten im persönlichen Stil und politischen Profil zu autoritärem Verhalten und rücksichtsloser Machtdurchsetzung. Damit steht zwar nicht die Demokratie zur Disposition, aber das Land

braucht – auch von außen – Unterstützung, um nicht den Versuchungen der einfachen Lösungen zu erliegen. Denn Demokratie ist umständlich, aufreibend und besonders in einer Krisensituation manchmal schwer zu vermitteln.

Janukowitsch dürfte als sperriger Partner für die EU sein, der zu einer Art Schaukelpolitik zwischen Russland und der EU zurückkehrt, während Timoschenko Signale für die Präferenz einer Integration nach Westen setzen dürfte. Aber auch unter einem Präsidenten Janukowitsch wird die Ukraine nicht zu einem Satteliten Russlands werden. Das verhindern nicht zuletzt die Oligarchen und die neuen nationalen Eliten insgesamt, die keineswegs unter die Fuchtel Moskaus zurück wollen.

Neben den beiden Hauptprätendenten schien zu Jahresbeginn 2009 der Stern des 35jährigen politischen Wunderkindes Arsenij Jazenjuk aufzugehen, der bereits Außenminister und Parlamentspräsident gewesen war. Aber er startete seine Präsidentschaftskampagne zu früh und er ließ sich auf russische Polittechnologien ein, die ihn als eine Art »Putin light« (James Sherr) zu vermarkten begannen, was ihn in der Westukraine, wo er zunächst seine Basis hatte, unwählbar machte. Nach den derzeitigen Umfragen hat er mit einem Stimanteil von nicht mehr als 10 %, Tendenz fallend, keine Chance, in die Stichwahl zu gelangen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die ukrainischen Wähler Alternativen haben. Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch repräsentieren unterschiedliche Wege in die Zukunft der nächsten fünf Jahre. Andererseits ist die Staats- und Nationsbildung in den beiden vergangenen Jahrzehnten so weit fortgeschritten, dass in zentralen Fragen ein Konsens besteht. Dazu gehört die territoriale Integrität des Landes. »Die Ukraine ist unsere Heimat«, lautet eine Losung von Janukowitsch. Konsens ist auch, dass die Ukraine gerade wegen ihrer regionalen Zerklüftung nur als demokratisches System lebensfähig ist. Insofern geht es bei dieser Wahl nicht um Sein oder Nichtsein, sondern um effiziente oder weniger effiziente Wege zur Stabilisierung der demokratischen Institutionen und um raschere oder weniger rasche Integration nach Europa.

Über den Autor

Prof. Dr. Gerhard Simon lehrt am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag beim Forum Ost-West in Bern am 10. November 2009.

Kommentar

Die Orange Revolution als postsowjetischer Scheideweg: Demokratisierungsschub in der Ukraine, Restaurationsimpuls in Russland

Von Andreas Umland, Eichstätt

Zum fünften Jahrestag der sog. Orange Revolution am 21. November 2009 erscheint eine affirmative Bezugnahme auf die emotionsgeladenen Ereignisse jener bewegenden Spätherbst- und Wintertage in Kiew 2004 als naiv. Ob nun in politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Hinsicht – das einstige orange Lager steht heute vor einem Scherbenhaufen.

Aus sowohl vergleichend-politikwissenschaftlicher als auch historisch-demokratiethoretischer Hinsicht erscheint die Orange Revolution nichtsdestoweniger auch heute noch als Wendepunkt sowohl der neuesten ukrainischen Geschichte als auch der politischen Entwicklung des im engeren Sinne postsowjetischen Raumes insgesamt. Mit der Orangen Revolution scheint die Ukraine als einzige Gründungsrepublik der UdSSR nachhaltig aus dem Muster der postsowjetischen Restauration autoritärer Verhältnisse seit etwa Mitte der 1990er Jahre ausgebrochen zu sein.

Erstens vollzogen die Massenmedien, Journalistengemeinde und politische Kommentatorenklasse der Ukraine im Herbst–Winter 2004 einen Emanzipationsprozess, der die Natur politischer Kontroversen in der Ukraine neuerlich pluralisierte, delimitierte und dezentralisierte.

Zweitens stellte die Orange Revolution einen wichtigen Schritt im Selbstfindungs- und -positionierungsprozess des Dritten Sektors der Ukraine dar.

Drittens verläuft der politische Willensbildungs-, Parteiformierungs- und Wahlprozess in der Ukraine zumindest auf nationaler Ebene inzwischen unter nur noch geringer direkter Lenkung durch die Exekutive ab.

In Russland kam es hingegen im Anschluss an die Orange Revolution zu einer Verstärkung autoritärer Tendenzen. Während Wladimir Putin in seiner ersten Amtsperiode als Präsident lediglich die Möglichkeiten einer realen Ausübung politischer Grundrechte schrittweise einschränkte, greifen seine »Polittechnologen« ab etwa 2005 verstärkt kreativ-gestalterisch in den öffentlichen politischen Prozess ein.

Diese neue Tendenz im Putinschen Regime kann mit dem Begriff »paratotalitär« gekennzeichnet werden, wobei das Präfix »para« den uneigentlichen Charakter dieses zwar intendierten, aber bislang wenig durchschlagenden Trends unterstreicht. Bereits im Februar 2005, d. h. einen Monat nach der Inauguration von Viktor Juschtschenko als neuem Präsidenten

der Ukraine, kam es in Russland zur Gründung der berüchtigten sog. Demokratisch-Antifaschistischen Jugendbewegung »Naschi« (Die Unsrigen) sowie des weniger bekannten, allerdings noch aggressiveren Eurasischen Jugendbundes. Ebenfalls 2005 formierten sich die sog. Bewegung Junger Politischer Ökologen der Moskauer Umgebung »Mestnye« (Die Örtlichen) sowie die Allrussische Gesellschaftsorganisation »Molodaja Gwardija Jedinoj Rossii« (Junge Garde des Einheitlichen Russlands).

Im Mai 2005 stellt der Präsidialamtsangestellte und mutmaßliche Chefideologe Putins, Wladislaw Surkow, auf einer halboffiziellen Rede in Moskau erstmals sein Konzept einer »souveränen Demokratie« vor. Ähnliche Neuerungen des Jahres 2005, welche den Innovationsdrang des russischen neoautoritären Regimes im Gefolge der Orange Revolution illustrieren, waren die Etablierung der Gesellschaftskammer, eines xenophob konnotierten Nationalfeiertages, des Tages der Volkseinheit am 4. November, sowie zweier zusätzlicher staatlicher TV-Propagandasender, des russisch-orthodoxen Kabelkanals »Spas« (Retter) sowie des englischsprachigen Fernsehsenders »Russia Today«.

Im weiteren unternahm der Kreml eine Reihe ähnlicher Maßnahmen zur Förderung der Herausbildung einer »unzivilen Gesellschaft« und nationalistischen Massenkultur, so etwa die Unterstützung antiwestlicher Spiel- sowie Dokumentarfilmprojekte oder die Verbreitung von Geschichtslehrbüchern, die den Stalinismus beschönigen. Unter den jüngsten Neuschöpfungen sind erwähnenswert das Institut für Demokratie und Kooperation sowie die Kommission zur Verhinderung von Versuchen einer Falsifizierung der Geschichte zum Nachteil der Interessen Russlands.

Damit stellt die Orange Revolution einen Scheidepunkt in der jüngsten Geschichte des postsowjetischen Raumes dar. Dies sollte vom Westen mit der Eröffnung einer langfristigen, jedoch offiziellen EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine gewürdigt werden.

Eine ausführliche Version des Beitrages erscheint in der November-Ausgabe der Zeitschrift Osteuropa (Bd. 59, H. 11, 2009).

Über den Autor

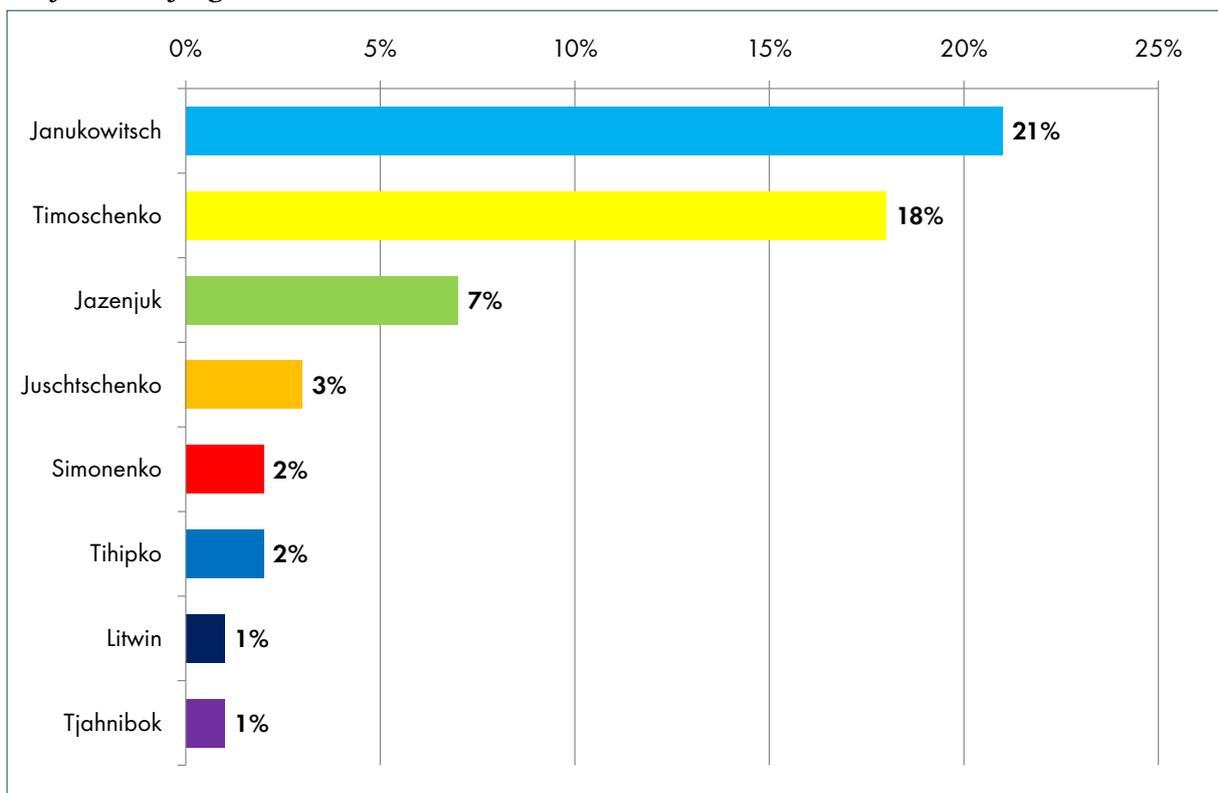
Dr. Dr. Andreas Umland ist wissenschaftlicher Assistent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (<http://ku-eichstaett.academia.edu/AndreasUmland>), Redakteur der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (<http://www.ibidem-verlag.de/spps.html>), Mitherausgeber des »Forums für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte« (<http://www1.ku-eichstaett.de/ZIMOS/>) sowie Verwalter des Webarchivs »Russian Nationalism« (http://groups.yahoo.com/group/russian_nationalism).

Umfrage

Sonntagsfrage zur Präsidentschaftswahl

Wen würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?
(Oktober 2009)

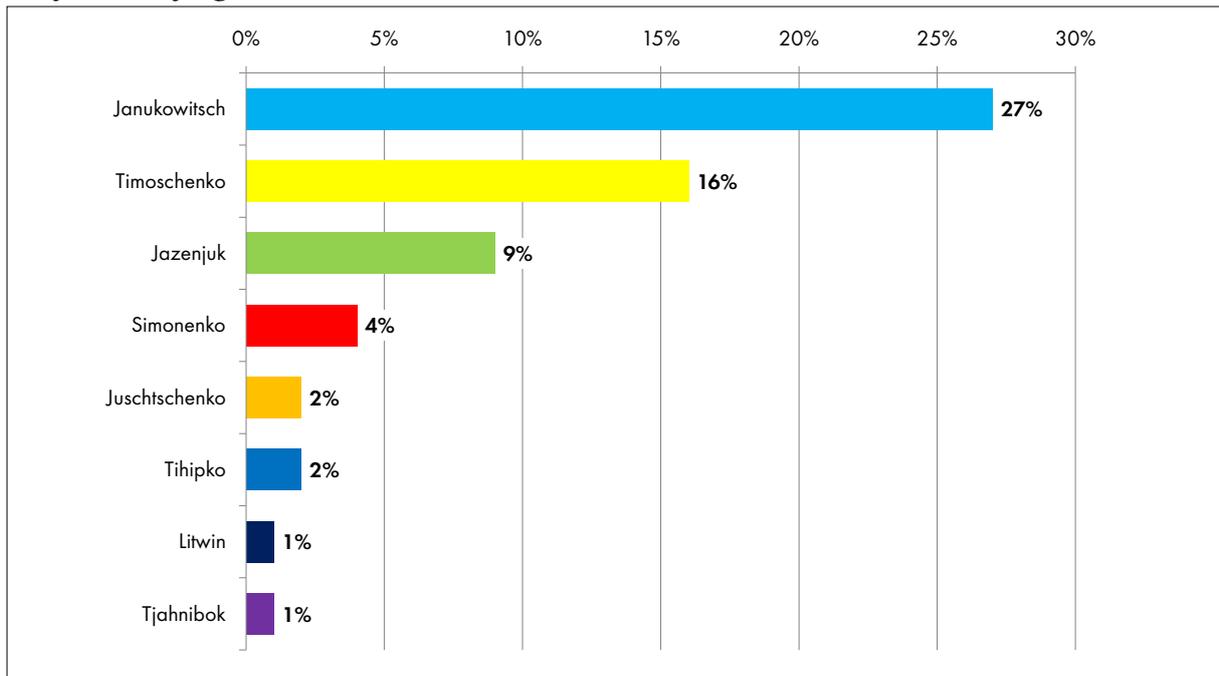
Grafik 1: Umfrage von TNS Ukraine



Quelle: <http://www.nrcu.gov.ua/index.php?id=148&listid=103161>

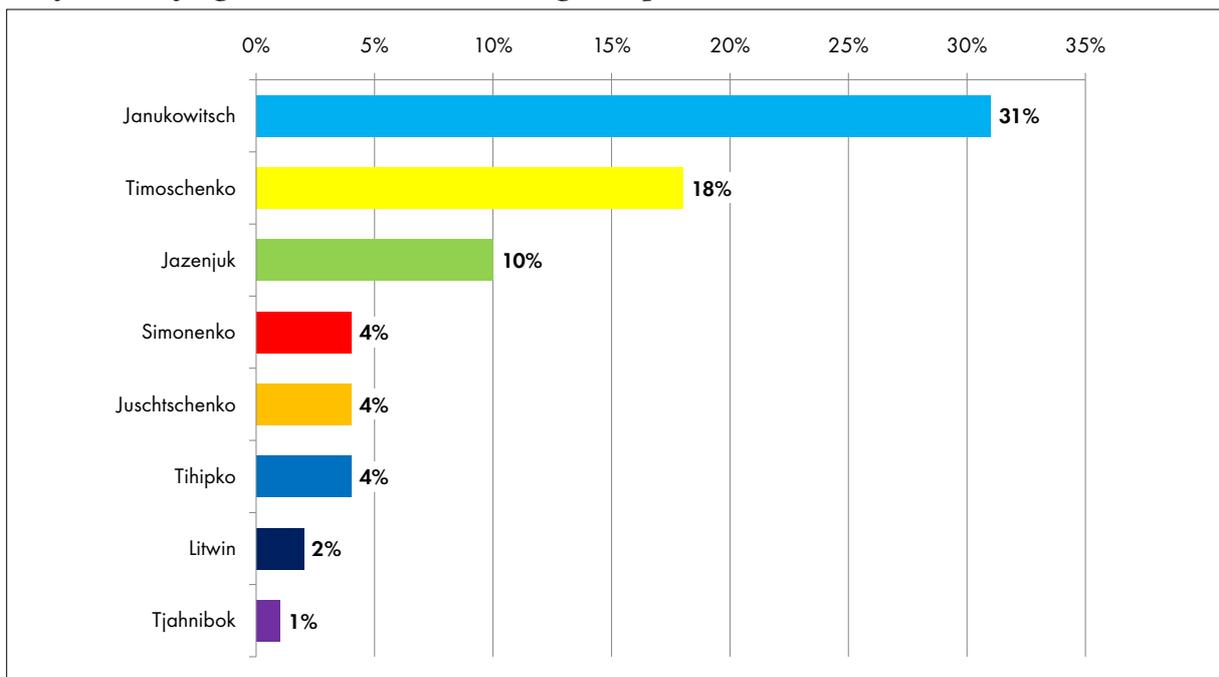
Wen würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären?
(Oktober 2009)

Grafik 2: Umfrage von FOM Ukraina



Quelle: http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du091015

Grafik 3: Umfrage von Research & Branding Group



Quelle: <http://www.pravda.com.ua/news/2009/10/28/104185.htm>

Chronik
Vom 11. bis zum 24. November 2009

13.11.2009	Das Oberste Verwaltungsgericht der Ukraine erklärt sich für arbeitsunfähig, weil es aufgrund mangelnder Gelder nicht in der Lage sei, Briefe fristgerecht zu versenden. Gleichzeitig erinnert es daran, dass es die erste und letzte gerichtliche Instanz bei Fragen der Wahlfälschung sei.
13.11.2009	Die Zentrale Wahlkommission gibt bekannt, dass 18 Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen zugelassen sind. 65 Personen hatten sich beworben, viele konnten jedoch die erforderlichen 200 000 Euro nicht hinterlegen.
16.11.2009	Präsident Viktor Juschtschenko legt ein Veto gegen die vom Parlament befürwortete Bereitstellung von 83 Mio. Euro zur Bekämpfung der Grippewelle ein.
17.11.2009	Das Parlament lehnt die Änderungsvorschläge Präsident Viktor Juschtschenkos, die härtere Bestrafung von Korruption betreffend, ab, überstimmt aber auch nicht dessen Veto. Das gleiche gilt für das Gesetz über die Durchführung landesweiter Referenden.
18.11.2009	Der stellvertretende Fraktionsleiter der Partei der Regionen Alexander Jefremow berichtet, dass seine Fraktion bereits 120 Unterschriften für die Absetzung der Regierung Timoschenko gesammelt habe.
18.11.2009	Präsident Viktor Juschtschenko schlägt dem Parlament Jurij Jechanurow als neuen Verteidigungsminister vor, der am 5. Juni 2009 vom Parlament aufgrund von Korruptionsvorwürfen aus eben diesem Amt entlassen worden war.
19.11.2009	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und ihr russischer Amtskollege Wladimir Putin einigen sich in Jalta darauf, dass die Ukraine in Zukunft weniger Gas als im Vertrag vom Januar 2009 vereinbart von Russland kaufen muss, wodurch hohe Vertragsstrafen entfallen. Die Transitgebühren für Russland sollen um 60 % erhöht und die Modernisierung der ukrainischen Gaspipelines gemeinsam bewerkstelligt werden. Die Modifizierung des Vertrags ist noch nicht unterschrieben.
19.11.2009	Das Parlament lehnt den Regierungsplan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für das kommende Jahr ab. Auch der Haushaltsplan für 2010 wird in erster Lesung abgelehnt und zur Überarbeitung an die Regierung zurückgegeben. Das Finanzministerium soll den Entwurf innerhalb von zwei Wochen mit der Verfassung sowie den erhöhten Sozialstandards in Einklang bringen.
21.11.2009	Viktor Janukowitsch, Vorsitzender der Partei der Regionen, nimmt an einem Parteitag von Einiges Russland in St. Petersburg teil und erklärt, die Zusammenarbeit der beiden Parteien stärken zu wollen.
22.11.2009	Präsident Viktor Juschtschenko lädt zum 5-jährigen Jubiläum der Orangen Revolution ins „Ukrainische Haus“ ein. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und viele andere Gegner des Präsidentenlagers ignorieren die Einladung. Timoschenko wendet sich mit einer Rede an die Nation und kritisiert darin vor allem Viktor Janukowitsch, den Vorsitzenden der Partei der Regionen. Auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew versammeln sich ca. 300 Menschen, um der Revolution zu gedenken.
23.11.2009	Präsident Viktor Juschtschenko stellt sein Wahlprogramm vor, in dem er dem Beitritt der Ukraine zur EU besondere Bedeutung zumisst. Des Weiteren beabsichtigt er das Parlament aufzulösen, wenn nicht innerhalb von 100 Tagen eine neue Verfassung verabschiedet werde. In diesem Fall soll zeitgleich mit einer vorgezogenen Parlamentswahl ein Verfassungsreferendum stattfinden.
24.11.2009	Viktor Janukowitsch, Vorsitzender der Partei der Regionen, schließt aus, dass Julia Timoschenko Ministerpräsidentin bleibt, sollte er die Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Veranstaltungshinweis

Ukraine-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



14. – 16. Januar 2010, Internationales Congress Centrum (ICC) Berlin

Internationale Grüne Woche Berlin – Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)

Der Ost-Ausschuss beteiligt sich mit der Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft als Träger des **Global Forum for Food and Agriculture (GFFA)** an dieser neuen politischen Auftaktveranstaltung der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Ziel des GFFA ist es, zentrale Zukunftsfragen zur Sicherung der globalen Welternährung mit Agrarministern aus aller Welt, den Spitzen der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie Vertretern von Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Im Januar 2010 steht das GFFA unter dem Leitthema »Landwirtschaft und Klimawandel – neue Konzepte von Politik und Wirtschaft«. Neben dem internationalen Agrarministerpodium und einem hochrangigen internationalem Wirtschaftspodium finden im Rahmen des GFFA 2010 eine Kooperationsbörse sowie eine Reihe von hochrangigen wirtschaftspolitischen Veranstaltungen unter anderem zu Russland, der Ukraine und Rumänien statt. Weitere Informationen unter: www.gffa-berlin.de.

Hier Auszüge aus dem Programm:

14. Januar 2010

15:00 bis 17:00 Uhr Agrarpolitischer Dialog: Bedeutung für Politik und Wirtschaft

15. Januar 2010

10:00 bis 12:00 Uhr Rumänien-Podium

13:00 bis 15:00 Uhr Russland-Podium

15:30 bis 17:30 Uhr Ukraine-Podium

16. Januar 2010

9:00 bis 15:00 Uhr Kooperationsbörse

11:00 bis 13:00 Uhr Internationales Agrarministerpodium

15:00 bis 17:30 Uhr Internationales Wirtschaftspodium (auf persönliche Einladung)

Gerlinde Sauer

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Breite Straße 29

10178 Berlin

Tel.: 030 2028-1569

Fax: 030 2028-2569

E-Mail: G.Sauer@bdi.eu

www.ost-ausschuss.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de